

SAARLERMO in Jamaika:

Die Marionetten des Paten



Der Wähler im Saarland wollte weder einen Ministerpräsidenten Peter Müller noch eine Nachfolge-Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer. Das Ergebnis der Landtagswahlen 2009 konnte für die CDU nicht vernichtender sein: von satten 47,5 % auf magere 34,5 % abgestürzt! Das Misstrauen gegenüber der Christenpartei und ihrem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten konnte kaum deutlicher gezeigt werden. Das war eine glatte Abwahl und die absolute Mehrheit im Landtag war nach zehn Jahren Alleinregierung weg.

Die darauf folgende jamaikanische Regierungsbildung wurde von der Mehrheit der saarländischen Wähler zu Recht als Betrug empfunden. Nur durch die vom Paten Hartmut Ostermann geöffnete GRÜNE Hintertür konnte Peter Müller den Macht-erhalt erschleichen.

Peinlich dabei, dass die erkaufte Mehrheit sich auf einen mehrfach entlarvten Polit-Hasardeur stützt: Hubert Ulrich. Der Vorsitzende der GRÜNEN im Saarland, wird von seinem Parteifreund Daniel Cohn-Bendit ganz öffentlich als Mafioso bezeichnet. Der Journalist Wilfried Voigt, früher bei der Frankfurter Rundschau und beim Spiegel tätig, rechnet in seinem Buch „Die Jamaika Clique“ mit dem Grünen Ulrich und den CDU-FDP-Jamaikanern ab. Innerhalb kürzester Zeit erreichte das Buch die Auflage von 10.000, für das Saarland absolut sensationell. Die politische Kaste aller Parteien war genötigt das Buch zu lesen. Und, oh Wunder: keiner der dort Genannten wehrt sich gegen die veröffentlichten Vorwürfe, die mehr als ehrenrührig sind. Pate Hartmut Ostermann und seine Marionetten, an der Spitze Peter Müller, Hubert Ulrich und Klaus Meiser, Friedhelm Fiedler und Horst Hinsberger, Rüdiger Linsler und Sebastian Pini, alle auf Tauchstation. Aussitzen, totschweigen ist angesagt, wo es eigentlich Unterlassungsklagen und Strafanzeigen hageln müsste.

Und der jetzt anstehende Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten soll geräuschlos von-

statten gehen: Peter Müller geht, Kramp-Karrenbauer kommt. Positiv begleitet und hochgeschrieben von den Holtzbrinck-Lohnschreibern der Saarbrücker Zeitung: O-Ton „... die beliebteste Politikerin des Saarlandes...“ Klammheimliche Freude bereitet es aber, dass nicht alle CDU-Träume aufgehen:



Peter Müllers Versuch, seinen Schleudersitz als Ministerpräsident mit dem bequemen Sessel eines Verfassungsrichters zu tauschen, droht zu scheitern. Die Wähler in Baden-Württemberg und Hamburg haben für neue Mehrheiten auch in den Wahlausschüssen gesorgt; manchmal gibt es auch so etwas wie Gerechtigkeit in der Politik.

Und nun kommt die „Teflonpfanne“, wie Annegret Kramp-Karrenbauer in den Wandelgängen des Landtages auch von ihren Parteifreunden bezeichnet wird. AKK, ihr Kürzel, ist auch die Kandidatin des Paten O. und wird wahrscheinlich, bei Scheitern der Jamaika-Koalition, ihre akademische Kompetenz „Magistra Artium“ (=Freie Künste) in einer seiner Firmen einbringen und vergolden lassen.

„... die beliebteste
Politikerin des
Saarlandes...“

Buchtipps: Wilfried Voigt „Die Jamaika Clique“, Conte Verlag



DIE LINKE. wirkt!

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

das Jahr 2011 beglückt uns mit einem wunderbar, sonnigen Frühling und der Sommer läßt einiges erwarten. Das Jahr hat aber auch mit einer unvorstellbaren Natur- und Technik-katastrophe begonnen. Mit Sorge blicken wir in das HighTec Land Japan, wo die atomare Katastrophe Realität geworden ist. Auch bei uns gibt es keinerlei Sicherheiten. Deshalb fordert **DIE LINKE.** die Stilllegung aller deutschen Kernkraftwerke. Abschalten jetzt, rufen die vielen Demonstranten jeden Montag bei ihrem Protestmarsch durch Saarbrücken. Wir sind dabei und unterstützen die Forderungen nach dem sofortigen Ausstieg aus der Atomtechnologie. Wir setzen auf erneuerbare und umweltfreundliche Energien.

Im saarländischen Landtag wurde mit Zustimmung der LINKEN eine Verfassungsänderung zur Schulreform auf den Weg gebracht. Ein Coup, der die Jamaika-Koalitionäre schwer ins Schwitzen brachte. Wollten doch CDU und FDP eigentlich gar keine Gemeinschaftsschule und hofften, dass SPD und **DIE LINKE.** die Planung der Grünen zu Fall bringen. Wir aber wollen, dass alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Wir wollen keine Sitzbleiber und möchten möglichst vielen Kindern das Abitur und damit ein Studium ermöglichen. Das ist durch die Gemeinschaftsschule besser erreichbar. Deshalb unsere Zustimmung zur Verfassungsänderung zur Schulreform.

Die Partei **DIE LINKE.** ist in allen Saarbrücker Parlamenten vertreten. Mit uns gibt es ein rot-rot-grünes Bündnis im Stadtrat zum Wohle aller Bürger und Bürgerinnen und nicht nur für die Wohlhabenden. Mit uns wird es keine weitere Privatisierung städtischer Dienstleistungen geben, wir werden keinen Stellenabbau im öffentlichen Dienst zulassen. Dagegen fordern wir einen öffentlich subventionierten zweiten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, die gemeinnützige Arbeiten zum Wohle der Menschen in unserer Stadt durchführen können. Dabei geht es aber nicht um 1-Euro-Jobs, sondern um vernünftig bezahlte Arbeit, die auch noch Qualifizierungsmöglichkeiten bietet. **DIE LINKE.** hat sich mit ihrer Forderung nach einem kostenfreien Mittagessen für Schulkinder durchgesetzt. Ebenso wird auf unser Drängen hin ein Sozialpass für Hartz IV - Empfänger eingeführt. Dies sind erste konkrete Schritte einer sozial gerechten Politik in unserer Stadt.

Ihr Lothar Schnitzler (MdL)

Ein Skandal mit Kultur!

Melcher legt Rauber auf's Kreuz oder war es nur die übliche Kumpanei?

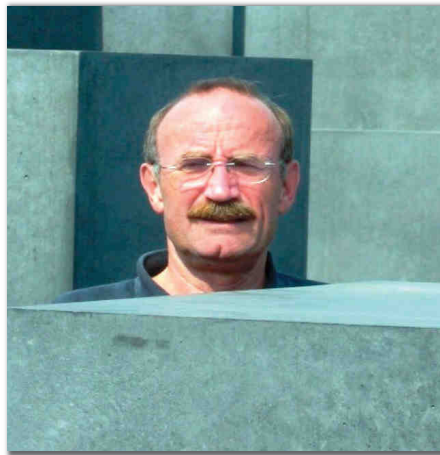
Ralf Melcher, Direktor der Modernen Galerie, genießt zurzeit eine seltene Popularität. Sein offensichtlich überhöhtes Gehalt und seine Spesenreiterei beschäftigen nicht nur die Medien und sorgen für Kopfschütteln bei seinen Freunden und Entrüstung bei seinen Gegnern. Luxusreisen, häufige Besuche in Spitzenrestaurants, großzügige Beraterverträge weckten das Misstrauen des Rechnungshofes, die Prüfer prangern massive Missstände an. Auch die exorbitante Höhe seiner Bezüge erregt ungläubiges Staunen. Serienweise wurden Verstöße des Museumsdirektors Ralph Melcher gegen Wirtschaftlichkeits- und Haushaltsgrundsätze festgestellt. Der Titel „Kochkunsthistoriker von der Saar“ wurde Melcher von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

verliehen. Statt Einsicht in sein Fehlverhalten zu zeigen, beharrt er darauf, Kulturminister Karl Rauber stets über alles informiert zu haben. Melcher erhielt merkwürdigerweise sogar Rückendeckung aus dem Vorstand der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz, der für die saarländischen Museen zuständig ist. Auch andere saarländische Kulturschaffende finden die Verschwendung öffentlicher Gelder scheinbar in Ordnung.

Nachdem Ralph Melcher in den Medien und im Landtag heftig unter Beschuss geraten war, wurde plötzlich von Rauber und Melcher beklagt, dass eine Kontrolle des Stiftungsvorstandes im

System nicht verankert sei. Der Kontrolleur kontrollierte sich selber und genehmigt sich seine Luxusreisen selbst, die vielen Gourmetessen, und ein Chateau Mouton kostet halt mal a bisserl mehr. Ralph Melcher hat ein überdurchschnittliches Einkommen und erhält zudem als Projektsteuerer für den Bau des Vierten Pavillons weitere 15.000 Euro jährlich. Allein 2006 bis 2008 hat er zusätzlich

„Treffen wir uns hierzulande zukünftig mit Sammlern und Künstlern an der Rostwurstbude?“



über 14 000 Euro in Luxusrestaurants ausgegeben, oft auch waren Landesbedienstete mit dabei und Kulturminister Rauber rechtfertigt das auch noch. Jetzt ermittelt die Kriminalpolizei. Die Staatsanwaltschaft sieht einen Anfangsverdacht wegen Untreue. In 46 Fällen wird gegen Ralph Melcher ermittelt.

Der Chef des Weltkulturerbe Völklinger Hütte, Meinrad Maria Grewenig äußerte sich besorgt: „Treffen wir uns hierzulande zukünftig mit Sammlern und Künstlern an der Rostwurstbude?“ Die Sorgen des Professor Grewenig hätte ein Hartz IV-Bezieher sicher auch gerne. Jetzt hat er andere: für den mittlerweile vom Dienst suspendierten Ralf Melcher macht er jetzt den Stiftungsvorsitzenden.

Die Staatsanwaltschaft hat Museumsdirektor Melcher wegen Untreue angeklagt. Was tut Minister Rauber? Er schickt Melcher vorerst in Urlaub. Auf unsere Kosten. Ein Skandal.

Inhalt Seite

Editorial • Saarlermo in Jamaika	1
Skandal mit Kultur	2
Jamaika Konfusion	3
Abgezockt • Leben in Hartz IV	4
Mindestlohn jetzt!	5
Unsozialpolitik • Tucholsky 1930	6
Wer braucht DIE LINKE. ?	7
QPark - unerträglich Sozialpass kommt im Juli Heimatmuseum St. Arnual	8
Schulessen in Saarbrücken Kindergarten kostenfrei!	9
Bezirksrat Saarbrücken Mitte Das neue Stadtarchiv Platanenplatz in St. Arnual	10
Bebauung Franzenbrunnen Multi-Kulti 1 und 2 · Impressum Keine Kunst: Europa Galerie	11
Wilhelm Busch - ein Antisemit? Autor von Biene Maja - ein Antisemit? Afghanistan, Th. Fontane Koalitionslyrik	12

Nedim

**Sie können bei uns selbst grillen!
Unsere Grillstation ist
ab 8 Personen zu mieten!**

Restaurant

Neumarkt 6
66117 Saarbrücken

Großer Biergarten

(100 Pers.)

Großes Nebenzimmer

(40 Pers.)

Jeden Tag Holzkohlegrill

z.B. Mittwoch Hähnchen,
Donnerstag Lamm

Tel.: (0681) 5 95 95 01

Fax: (0681) 58 28 37

Handy: (0171) 4 15 83 95

DIE LINKE. trifft sich und tagt bei NEDIM

News +++ News +++ News

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:

<http://newsletter.die-linke.de>

Das hat das Saarland nicht verdient!

Absurdes zwischen den Jamaika Koalitionären

ten aus dem Saarland die Laufzeitverlängerung durch.

gärten und Regelschulen. Auch für Einsparungen bei der Schülerbeförderung und der abgesenkten Besoldung von Junglehrern tragen sie die Verantwortung.

sen Gegensätzen bis zu den Landtagswahlen im Herbst 2014 durchhalten wird. Ulrich selbstgefällig: „Diese Koalition ist ein Meer der Ruhe. Und wir Grüne sind in diesem Bündnis der ruhende Pol“. So kann eine Partei auch schnell politisch tot sein.

Fraglich bleibt, ob die als Modellprojekt für den Bund hochgejubelte Jamaika-Koalition bei die-

Jamaika Konfusion I

Am 11. November 2010 tagte die Umweltkonferenz. Wie üblich treffen sich die SPD- und CDU-Länder vor dem offiziellen Beginn getrennt zu eigenen Absprachen, um ihr Verhalten abzustimmen. Das Thema noch vor dem Super-gau in Fukushima: Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Simone Peter, grüne Umweltministerin in der Jamaika-Koalition, muss gemeinsam mit ihrer Parteifreundin Anja Hajduk von der schwarz-grünen Koalition in Hamburg draußen vor der Tür bleiben. Während die grünen Umweltminister aus Bremen (Rot-Grün) und Nordrhein-Westfalen (Rot-Grün) ohne Probleme bei der Besprechung der SPD-Länder dabei sein dürfen, wollen die CDU-Umweltminister keine Atomkraftgegner dabei haben.

Willkommen dagegen sind Atomkraft - Befürworter. Simone Peter wurde bloßgestellt und ist sauer. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Meiser räumt -nicht ohne Häme- ein, das dies ein „peinlicher Vorgang“ gewesen war und gelobte Besserung.

Jamaika Konfusion II

Trotz der Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Jamaika-Koalition, die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken abzulehnen, schließt sich die Jamaika-Regierung nicht den SPD-regierten Ländern an, die das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage anrufen wollen. Während die Grünen sich brüsten, auf Landesebene eine Ablehnung der Laufzeitverlängerung in der Koalition durchgesetzt zu haben, peitscht die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin mit den Stimmen der CDU- und FDP-Bundestagsabgeordnete

**Zu all dem schweigt
Grünen - Boss
Hubert Ulrich!**

Jamaika Konfusion III

Die Grünen sind auf Bundesebene, so wie **DIE LINKE**, und die SPD, für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Im Saarland stimmen die drei grünen Abgeordneten Hubert Ulrich, Claudia Willger-Lambert und Markus Schmitt am 11. Februar 2010 zusammen mit CDU und FDP gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, für den sich **DIE LINKE**, und die SPD im Saarlandtag stark machen.

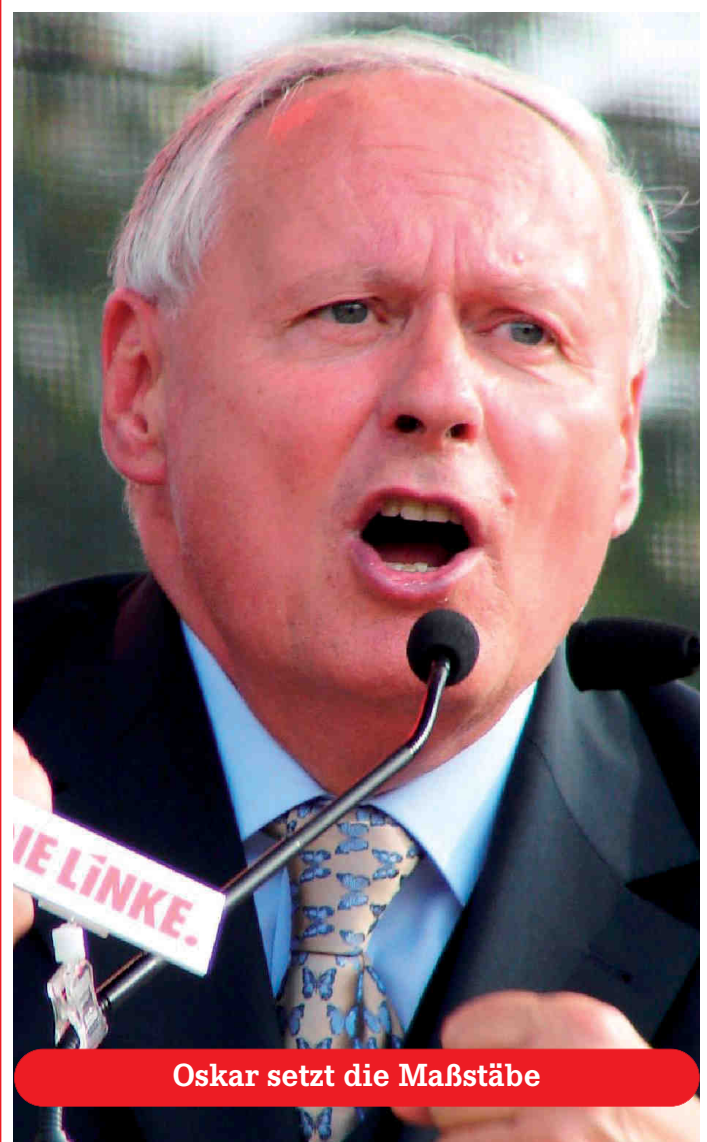
Jamaika Konfusion IV

Die Grünen hatten sich vor ihrem Eintritt in die Jamaika-Koalition stets für ein gemeinsames längeres Lernen von mindestens sechs Jahren stark gemacht.

Da die Grünen unbedingt Jamaika wollen, gibt sie in dieser wichtigen Frage der CDU und der FDP nach und begnügte sich mit einem Fünf -Jahre -Modell, das **DIE LINKE**, und die SPD nicht mit-tragen wollten.

Jamaika Konfusion V

Die Grünen tragen Haushaltskürzungen in Bereichen mit, die wichtige Bestandteile ihres Wahlprogramms waren. So beschließt die Jamaika-Koalition die Abschaffung der Beitragsfreiheit im 3. Kindergartenjahr und bei der verlängerten Nachmittagsbetreuung sowie der Ferienbetreuung an den freiwilligen Ganztagschulen. Zuerst wurde von Jamaika die Beitragsfreiheit eingeführt und als großer Erfolg gefeiert, um wenige Monate später wieder gestrichen zu werden. Weiter akzeptierten sie Kürzungen bei der Frühförderung und den Integrationsmaßnahmen für behinderte Kinder in Kinder-



Oskar setzt die Maßstäbe

Jetzt Mitglied werden
und die Welt *das Saarland*
verändern.

DIE LINKE.

Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose – abgezockt!

Mehr Netto vom Brutto? Denkste! Gesetzlich versicherten Arbeitnehmern verbleiben ab 2011 bis zu 94 Euro weniger in der Lohntüte. Also weniger Netto vom Brutto! Das ist die Folge der schwarz-gelben Haushaltspolitik der Bundesregierung, die einseitig Arbeitnehmer über die Sozialversicherungen belastet. Die Bundesagentur für Arbeit soll künftig keine Zuschüsse mehr erhalten, sondern Darlehen. Am Ende müssen aber die Ärmsten die Zeche zahlen.

Beiträge rauf, Leistung runter

Bei der Gesundheitspolitik hat Schwarz-Gelb nur das Wohl ihrer Lobbygruppen im Blick und nicht die Beitragsstabilität für die Versicherten. Ab Januar 2011 sind die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung um 0,8 % gestiegen. Der Beitrag für Kassenpatienten steigt von 14,9 % auf 15,5 % des Bruttolohns. Davon zahlen Arbeitnehmer jetzt 8,2 %,

während der Anteil der Arbeitgeber festgeschrieben wurde; künftig zahlen nur noch Arbeitnehmer die höheren Beiträge. Dazu kommen Zuzahlungen bei vielen Krankenkassen von zurzeit 8 € monatlich. Das gleiche gilt für Rentner. Bei 1.000 € Rente werden ihnen 3 € monatlich mehr abgezogen. Und alle Versicherten müssen wesentlich höhere Zuzahlungen bei den Medikamenten leisten. Auch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung erhöht sich von 2,8 auf 3 %. Unterm Strich büßen die Arbeitnehmer über alle Einkommensgruppen hinweg Geld ein. Allerdings werden Besserverdiener durch eine Beitragsbemessungsgrenze entlastet. Diese sinkt um 37 € auf 3.712,50 €. Wer mehr verdient, zahlt nicht mehr, sondern weniger.

Dagegen verteuern steigende Sozialbeiträge und höhere Lebenshaltungskosten – vor allem Wohnen, Energie und Lebensmittel –

das Leben der Menschen mit normalem oder kleinem Einkommen erheblich. Hartz-IV-Bezieher sind davon besonders betroffen.

Wer zahlt was?

Laut dem Bund der Steuerzahler wird die Familie eines verheirateten Alleinverdieners mit einem Kind und einem Monatsbrutto von 2.500 € ab 2011 rund 94 € weniger in der Haushaltskasse haben.

Ein Alleinstehender mit einem Monatsbrutto von 1.500 € wird 52 € weniger haben. Aber auch bei Alleinerziehenden mit Kind werden bei einem monatlichen Brutto von 2.000 € übers Jahr 52 € mehr abgezogen. Dagegen kommt ein lediger Alleinverdiener mit einem Brutto von 15.000 € hervorragend weg. Er hat eine monatliche Mehrbelastung von nur 9 Cent. Was ist daran noch sozial gerecht?

Leben mit Hartz IV

Die Jobberin

Nach dem Realschulabschluss sah für Maria die berufliche Perspektive gut aus. Eine Ausbildung als Kauffrau im Einzelhandel in einem großen Saarbrücker Kaufhaus gefiel der 16-jährigen vom Land. Das Betriebsklima war gut und der Tariflohn für Auszubildende stimmte. Doch ihr Abschluss fiel mit der Wirtschaftskrise zusammen. Schwacher Konsum bedeutete schlechte Zeiten für den Einzelhandel. An ihre Übernahme nach der Ausbildung war nicht zu denken, zunächst für sechs Monate, dann noch für ein Jahr konnte sie bleiben, aber nur noch in Teilzeit.

Die gelernte Kauffrau musste mit knapp 1.000 € auskommen. Sie zog zu ihrem Freund. Dann kam die Arbeitslosigkeit. Durch das Zusammenwohnen in entfiel der Großteil der Hartz IV-Ansprüche. Die ARGE wollte sie zu einer Zeitarbeitsfirma vermitteln. Da sie nicht von Hartz IV leben will, schmiert sie in prekäre Arbeitsverhältnisse ab. Sie beginnt mit einem Job, obwohl sie für nur rund 900 € netto über 40 Stunden pro Woche arbeiten musste.

Mittlerweile hat sie einige Male gewechselt, aber eine tariflich bezahlte Arbeit hat sie nicht erhalten können. Sie will sich weiter qualifizieren, eventuell studieren, um aus der Tretmühle herauszukommen.

Der Künstler

Er macht das, was er tut, sehr gerne. Aber er hat immer zwei Jobs: Den zum Geldverdienen und die Kunst. Er kann was, ist in der Kunstszene anerkannt, aber da er nicht ständig Preise gewinnt, etwas verkauft oder ein Stipendium bekommt, muss er dazuverdienen. Da sind immer wieder die unberechenbaren schwierigen Phasen, in denen sich nichts tut und mit der Kunst kein Geld zu machen ist. Aber die Kunst ist ein Fulltime-Job, ist geld- und zeitintensiv.

Also ab ins Callcenter Aber er muss künstlerisch am Ball bleiben, will er einmal einen Werkvertrag oder einen Auftrag ergattern. Ausbeuterische Jobangebote gibt es im

Kunstabereich genug: Praktika, Ausstellungsmacher, Hilfskraft und anderes. Jetzt hat er einen Job für 10 € die Stunde, dreimal die Woche, mit ausgedehnten Bereitschaftszeiten auf Abruf rund um die Uhr. Was ist, wenn er krank wird oder gar einen Unfall hat? Urlaub? Fehlanzeige!

Nicht alle Tätigkeiten kann er bei der Künstlersozialversicherung geltend machen. Also arbeitet er selbstständig auf Rechnung. Jetzt hofft er auf ein Stipendium. Unfassbare 1.300 € monatlich wären drin. Aber die Konkurrenz ist groß. Wahrscheinlich bleibt nur das Callcenter.



STATT ARBEITSLÖSE SCHROPFEN:

REICHTUM BESTEUERN!

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Terminhinweis: Partei DIE LINKE.
Ortsverband:
Alt Saarbrücken – St. Annual

Der Vorstand des Ortsverbandes
trifft sich an jedem ersten Donnerstag
im Monat um 18:30 Uhr
in „Nedim's Bistro“,
Neumarkt 6, Saarbrücken

Mitglieder und Gäste
sind immer eingeladen!

Mindestlohn statt Hungerlohn!

Am 1. Mai 2011 hat die neue Runde des Lohndumpings begonnen. Die bis dahin noch geltenden Schutzregeln im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit sind weggefallen. Unternehmen können nun Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa unbegrenzt in Deutschland zu Niedriglöhnen beschäftigen, wie sie in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Die Stundenlöhne können daher bei zwei bis drei Euro unter dem regulären Tarif liegen. Profitieren davon werden deutsche und ausländische Unternehmen, Leidtragende sind die Beschäftigten. Die Partei **DIE LINKE** fordert deshalb den flächendeckenden Mindestlohn und das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort". Nur so kann verhindert werden, dass Unternehmen künftig ausländische und deutsche Beschäftigte gegeneinander ausspielen und ausbeuten.

Die Unternehmen wollen die Löhne weiter nach unten drücken

Die Politik der Regierungen Schröder und Merkel haben in den vergangenen Jahren zu desolaten Zuständen auf dem Arbeitsmarkt geführt: Reallöhne stagnieren oder sinken sogar um 4,1 Prozent. Sieben Millionen Beschäftigte, meist Frauen, erhalten für ihre Arbeit nur Niedriglöhne. 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. So wird Altersarmut für viele Menschen vorgeplant.

Auch deshalb fordert **DIE LINKE** einen flächendeckenden Mindestlohn, der bis 2013 auf zehn Euro pro Stunde erhöht werden sollte. Dieser Mindestlohn muss für alle abhängig Beschäftigten über alle Branchen hinweg in Deutschland gelten. Unabhängig davon, ob sie dauerhaft oder nur vorübergehend hier arbeiten oder aus welchem Land sie kommen. Er muss zur gesetzlichen Lohnuntergrenze werden. Die Gewerkschaften fürchten daher um ihre Lohnautonomie.

Der Mensch muss von seinem Arbeitseinkommen leben können

Nur der gesetzlich festgelegte Mindestlohn stellt sicher, dass ein ausreichendes Einkommen erreicht werden kann. Er verhindert, dass niedrige Löhne mit Steuergeldern aufgestockt werden müssen. Er unterbindet Lohndumping und verhindert, dass Unternehmen künftig ausländische und deutsche Beschäftigte gegeneinander ausspielen. Er fördert die Binnenachfrage, da die Menschen mehr Geld für den Konsum in der Tasche haben.

Die Zeit drängt. Jahrelang hat die Politik der bürgerlichen Parteien nichts gegen die Zu-

nahme von unsicheren Arbeitsverhältnissen mit Niedriglöhnen getan. Im Gegenteil, die Regierungen Schröder und Merkel haben der Armut trotz Arbeit den Weg geebnet. Durch die europäische Arbeitnehmer- und Dienstleis-

tungsfreizügigkeit muss jetzt die Politik umsteuern. **DIE LINKE** fordert: flächendeckenden Mindestlohn jetzt.

Kontakt: mindestlohn@die-linke.de



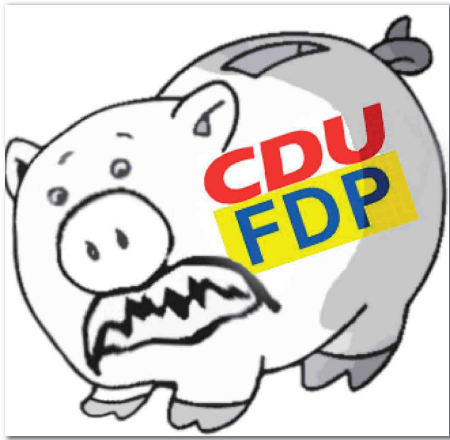
Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!

Ab 1. Mai 2011 können Unternehmen Arbeitskräfte aus ganz Europa schon für 3 Euro und weniger pro Stunde in Deutschland einsetzen. Davor schützt nur der flächendeckende Mindestlohn

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Schwarz-gelbe Unsozialpolitik



Für die Finanz- und Wirtschaftskrise, die von Spekulanten und Banken verursacht wurde, müssen nun die zahlen, die am meisten unter der Krise litten. Während die Wirtschaft schon lange wieder brummt, werden Löhne kaum oder nur minimal erhöht. Neue Jobs sind Leiharbeit, Teilzeit, oft schlecht bezahlt, zu wenig, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Zahl der Arbeitslose sinkt unter 3 Millionen, gleichzeitig aber steigt die Zahl der Armen. 2,5 % der Kinder leiden darunter. Mehr als sieben Millionen Beschäftigte schufte für Niedriglöhne, viele von ihnen als Leiharbeiter. Fast eine Million Menschen im Rentenalter müssen weiter arbeiten, weil ihre Rente zum Leben nicht ausreicht.

Schwarz-gelbe Sozialschweinereien Nr. 1

Unten belasten, oben entlasten - das ist die Realpolitik der Bundesregierung. Mit ihrem Streichpaket hat sie dies wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt: Den Familien, die Hartz IV beziehen, wurde der Mindestsatz des Elterngeldes gestrichen, Langzeitarbeitslosen verweigert Schwarz-Gelb den Beitrag zur Rentenkasse. Wer nach jahrzehntelanger Arbeit entlassen wird, erhält kein Übergangsgeld mehr bei dem Wechsel von ALG I zu Hartz IV.

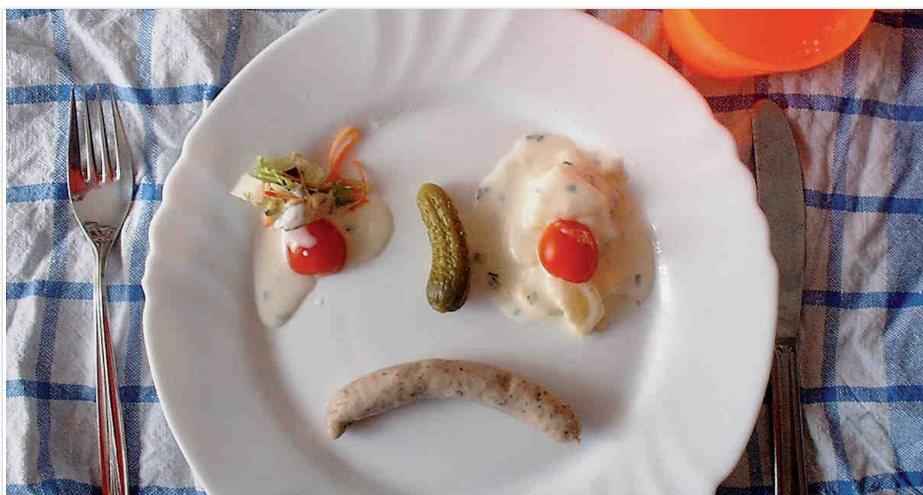
Wenn Schwarz-Gelb spart, dann vor allem bei den Sozialausgaben; bei denen, die jetzt schon wenig haben, wird gestrichen und gekürzt. Gleichzeitig werden die Vermögenden und Bessergestellten schamlos begünstigt: Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbesitzer, Steuergeschenke für Erben. Keine angemessene Besteuerung von Vermögen. Gerecht geht anders!

Schwarz-gelbe Sozialschweinereien Nr. 2

Im Gesundheitsbereich wird das Solidaritätsprinzip endgültig ausgehebelte und die Lasten noch ungleicher verteilt: Die von der FDP geforderte Kopfpauschale ist bisher noch nicht gekommen, aber warten wir es ab. Dann müsste die Verkäuferin den gleichen Betrag zahlen, wie der Geschäftsführer. Die dann zwangsläufige Erhöhung der Beiträge wird aber von allen Versicherten gezahlt. Nachdem der Arbeitgeberanteil „gedeckelt“ wurde, ist für flächendeckende Zusatzbeiträge Tür und Tor geöffnet, die nur Arbeitnehmer zahlen.

Schwarz-gelbe Sozialschweinereien Nr. 3

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) lässt Ausgaben für Behinderte aus dem Bundeshaushalt streichen. Anstelle des Bundes sollen künftig Arbeitslosen- und Rentenversicherung die Rentenbeiträge für die in Behindertenwerkstätten Tätige übernehmen. Die Sozialversicherer werden mit 155 Millionen € jährlich belastet und damit alle Beschäftigten, denn ihre Beiträge erhöhen sich. 120 Millionen sollen die Bundesanstalt für Arbeit und 35 Millionen die Rentenversicherung übernehmen. Hinzu kommen einmalig weitere 500 Millionen Euro für die Jahre 2008 bis 2010 dazu, da das Gesetz rückwirkend in Kraft treten soll. Denn seit 2008 zahlt der Bund die Rentenbeiträge behinderter Menschen bereits nicht mehr.



Die Zocker und Raffer

Wenn die Börsenkurse fallen, regt sich Kummer fast bei allen, aber manche blühen auf. Ihr Rezept heißt Leerverkauf

Keck verhöhnen diese Knaben Dinge, die sie gar nicht haben, treten selbst den Absturz los, den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten, tun sie sich mit Derivaten: Wenn Papier den Wert frisirt, wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen, haben Sparer nichts zu lachen, und die Hypothek auf Haus heißt; Bewohner müssen raus.

Triff's hingegen große Banken Kommt die ganze Welt ins Wanken Auch die Spekulanten Brut zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden? Da muss eingeschritten werden: Der Gewinn der bleibt privat, die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite, und das bringt erneut Profite, hat man doch in jenem Land die Regierung in der Hand.

Für die Zeche dieser Frechen Hat der kleine Mann zu blechen Und - das ist das Feine ja - Nicht nur in Amerika.

Und wenn die Kurse wieder steigen Fängt von vorne an der Reigen - Ist halt Umverteilung pur Stets in eine Richtung nur.

Aber wollen sich die Massen Das mal nimmer bieten lassen, ist der Ausweg längst bedacht: Dann wird ein bisschen Krieg gemacht

Kurt Tucholsky, 1930



Wird DIE LINKE noch gebraucht?



Landtagswahl Rheinland Pfalz - 3 % für die Partei **DIE LINKE.**, in Baden Württemberg nur 2,8 % und bei den Wahlen in Bremen zwar mit 5,7 knapp drin in der Bürgerschaft, aber doch mit herben Verlusten von 33 %. Bundesweit wird die Partei **DIE LINKE.** gerade mal noch mit 7 bis 8 % gehandelt. Die Frage drängt sich auf, geht's nun bergab mit der Partei DIE LINKE, bleibt sie nur eine Zeitererscheinung, eine Form des Protestes?

Die LINKEN Themen sind doch noch alle da! Oder ist dieser unselige Krieg in Afghanistan beendet? Gibt es mittlerweile eine Politik, die gesellschaftliche Teilhabe auch für sozial Schwache ermöglicht? Gehören Kinder- und Altersarmut der Vergangenheit an? Sind etwa über Nacht die fatalen Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftspolitik beseitigt, die Ausbeutung über Hungerlöhne und Leiharbeit?

Sind Banken und Spekulanten gezähmt, ist die Umverteilung von unten nach oben gestoppt?

Nein, in Afghanistan fallen weiter deutsche Soldaten und in deutschem Namen sterben viele Unschuldige. Dann die Hartz -IV. -Kürzungen zur Haushaltssanierung 2010, die lächerliche 5-Euro Anpassung; Schläge ins Gesicht aller Bedürftigen! Die Kinderarmut ist skandalös und für viele wird Altersarmut durch die „Rente mit 67“ per Gesetz festgeschrieben. Moderne Sklaverei mittels Zeit- und Leiharbeit, Ausbeuterlöhne erinnern an die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Spekulanten und Banken treiben ganze Staaten in den Bankrott und die kleinen Leute müssen dafür bezahlen.

Ja, die Partei **DIE LINKE.** wird gebraucht! Und, **DIE LINKE.** ist eine Gefahr, eine Gefahr für Reiche und Superreiche, für Zocker und Spekulanten. Denn **DIE LINKE.** fordert die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, der Börsenumsätze und des spekulativen Geldverkehrs. **DIE LINKE.** setzt sich ein für gerechte Bezahlung von Arbeit auf der Basis eines allgemein gültigen Mindestlohnes von 10.-€ ein. **DIE LINKE.** fordert die Sanierung der Staatsfinanzen; unser Staat ist unterfinanziert. Viele Kommunen stehen vor der Pleite und auch die Länder können ihren originären Aufgaben nicht nachkommen. Bund, Länder und Gemeinden haben einen Schuldenberg von zwei Billionen, sprich 2.000 Milliarden € aufgehäuft. Dagegen stehen mehr als 11 Billionen € privater Vermögen, davon knapp 5 Billionen nur Geldvermögen, in den Händen einer Minderheit.

Dies ist die Folge einer „Sozialen Marktwirtschaft“, welche Reiche Reicher und Arme

All dies zeigt, DIE LINKE wirkt und wird mehr denn je gebraucht!

ärmer macht. Weder Einkommen noch Vermögen sind gerecht verteilt; Sprengsätze für die Gesellschaft!

Die Partei **DIE LINKE.** weist auf diese Zusammenhänge immer und immer wieder hin. Die LINKEN Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen stellen Anträge, welche auf die Änderung der Zustände hinwirken. Das Allparteienbündnis der neoliberalen Parteien,



CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE, lehnen regelmäßig alle Anträge der Partei **DIE LINKE.** ab. Die bürgerliche Presse, bläst ins gleiche Horn und verteuft die Partei. Trotzdem zwingt allein die Existenz der Partei **DIE LINKE.** mehr und mehr die bürgerlichen Parteien zu Kurskorrekturen. Plötzlich sind auch SPD und GRÜNE für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und sogar in der FDP und der CDU/CSU wird nachgedacht.

All dies zeigt, **DIE LINKE.** wirkt und wird mehr denn je gebraucht!

Die Frage bleibt, warum wenden sich so viele Wähler von der Partei **DIE LINKE.** ab? Was ist falsch gelaufen? Natürlich müssen die Fehler zunächst einmal in der Partei gesucht werden. Die Wähler strafen zerstrittene Parteien gnadenlos ab. Missverständliche Diskussionen über Kommunismus und Verstaatlichungen werden von der feindlichen Presse zielbewusst gegen die Partei **DIE LINKE.** eingesetzt. Auch sind die beiden Gründerpersönlichkeiten, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, nicht so ohne weiteres zu ersetzen.

Was also tun? Die Antworten der Partei **DIE LINKE.** müssen moderat und verständlich sein, Führungsschwächen behoben werden. Alle Parteimitglieder sind aufgefordert Aufklärung zu betreiben und für die Partei und Ihre Ziele zu werben. Noch fehlen überzeugende Identifikationsfiguren. Sicherlich wäre es positiv für die Gesamtpartei, wenn Oskar Lafontaine in die Bundespolitik zurückkehren würde. J.S.

Geschäftsgebaren von QPark ist unerträglich!

Das Verhalten der Firma QPark im Hinblick auf die von ihr angekündigte neue Gebührenordnung hat gezeigt, dass das Unternehmen Kasse machen will und nur unter Druck der Politik bereit ist, die Geschäftspolitik zu ändern.

Der Vorstand des Ortsverbands Alt-Saarbrücken/St. Annual der Partei **DIE LINKE.** hat bereits die kürzlich erfolgte neue Vertragsgestaltung zwischen der Stadt Saarbrücken kritisiert.

Die Neuregelung bringt QPark einseitig hohen Nutzen und geht zu Lasten der Stadt. Die Frage ist berechtigt, warum haben sich die Oberbürgermeisterin Charlotte Britz und Bürgermeister Ralf Latz auf dieses Geschäft eingelassen? Konnte die Firma Q-Park doch die defizitäre und renovierungsbedürftige Tiefgarage im Zentrum Dudweiler an die Stadt Saarbrücken abgeben und dafür den gewinnbringenden Parkplatz Beethovenplatz für weitere drei Jahre betreiben sowie den Gerberplatz neu als Parkplatz zur Bewirtschaftung erhalten. Nach dieser für Bürger nicht nachvollziehbaren vertraglichen

Veränderung hatte QPark ohne Absprache im Vorfeld mit der Stadt versucht, Preiserhöhungen durchzusetzen, obwohl erst kürzlich ein eigener "Parkbeirat" ins Leben gerufen wurde, in den neben Vertretern des Konzerns und der Stadtverwaltung auch Mitglieder der Stadtratsfraktionen gewählt wurden. Der öffentliche Protest und die fast einstimmig beschlossene Resolution des Stadtrats gegen die Gebührenerhöhung haben Wirkung gezeigt.

Auch wenn die neuen Taktzeiten wieder vom Tisch sind, bleiben die Gebühren, die der Konzern erhebt, auf sehr hohem Niveau. Dafür fehlt den Saarbrückern jedes Verständnis. Vor allem, weil schon bei der ersten vertraglichen Vereinbarung zwischen QPark und Stadt das Vorgehen sowie der abgeschlossene Vertrag TOP SECRET blieben. Bis heute ist es nicht möglich, den Vertrag einzusehen, und auch die neuesten Vorfälle lassen Transparenz und Nachvollziehbarkeit vermissen. Hier arbeitet die Verwaltung nicht zum Wohle der Stadt, und das ist nicht akzeptabel. **DIE LINKE.** Alt-Saarbrücken/St. Annual fordert die Offenlegung der vertraglichen Grundlage

zwischen Stadt und QPark. Das ist Charlotte Britz den Bürgern der Stadt schuldig.

Das Vorgehen des Parkplatzbetreibers QPark zeigt erneut: Die Privatisierungsgorgie der letzten Jahre war ein Riesenfehler. Die Stadt hätte ihre Parkhäuser niemals an einen privaten Konzern verscherbeln dürfen. **DIE LINKE.** hat deshalb Ende 2009 im Stadtrat dafür gestimmt, dass die Stadt keine weiteren Parkflächen privatisiert. Außerdem sollen neue Parkflächen von der Stadt selbst betrieben werden. Dies konnte nur ein erster Schritt sein.

Denn alle Parkhäuser und Parkplätze der Stadt gehören wieder in städtische Hand!



LINKER Erfolg: Sozialpass jetzt!

Eine wichtige Forderung der Partei **DIE LINKE.** dem Bündnis mit SPD und Grün in Saarbrücken zuzustimmen, war die Einführung eines Sozialpasses. Nach der Empfehlung des Sozialausschusses wird der Stadtrat wohl mit der Bündnismehrheit der Einführung des Passes ab diesem Sommer zustimmen. Der Sozialpass ermöglicht die Teilhabe sozial benachteiligter Menschen an Saarbrücker Kultur-, Freizeit- und Nahverkehrsangebot. Bereits ab Juli 2011 sollen Langzeitarbeitslose, Sozialgeld-, Sozialhilfe- und Grundsicherungsbezieher und auch Asylbewerber mit dem Sozialpass Vergünstigungen erhalten, die ihren schmalen Geldbeutel entlasten. Neben Ermäßigungen in städtischen Schwimmbädern, der Stadtbibliothek, der Volkshochschule, im Filmhaus und Zoo oder der Musikschule gewährt der Ausweis ermäßigte Preise im öffentlichen Nahverkehr. Die Beteiligung der Saarbahn GmbH macht den Sozialpass richtig attraktiv. Sowohl für Wenigfahrer als auch für Vielfahrer wird es Rabatte geben. Sobald der Stadtrat grünes Licht gegeben hat, informiert ein Merkblatt die anspruchsberechtigten Saarbrücker, für wen und was der Sozialpass bietet. Der Sozialpass soll die gesellschaftliche Integration verbessern und vor allem Betroffene mit Kindern sollen profitieren. Auch hier wird deutlich: **DIE LINKE.** wirkt.

Bei uns zu Hause: Heimatmuseum St. Annual

In dem beschaulichen St. Annual scheinen die Uhren langsamer zu gehen. Rund um den St. Annualer Markt treffen sich die Menschen, um zu feiern, zu reden und die Seele baumeln zu lassen. Zu dieser gelassenen Kulisse gehört auch das einzige Heimatmuseum der Stadt. Ein Besuch lohnt sich allemal.

Was will der Verein mit dem Heimatmuseum?

Der Heimatverein St. Annual e.V. (gegründet 1988) will die Geschichte von St. Annual pflegen und der Öffentlichkeit in verständlicher Form darbieten. Hier werden Exponate gesammelt, die mit der Geschichte von Daarle eng verbunden sind. Gezeigt werden Dorfgeschichte, kulturelle, landschaftliche und besondere Eigenarten von St. Annual sowie Wechselausstellungen regionaler Künstler in einem denkmalgeschützten Gebäude aus dem 16. Jh. in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stiftskirche. Es soll die heimatliche Umwelt, die kulturellen, landschaftlichen und besonderen Eigenarten von St. Annual der Bevölkerung bewusst machen und die Identifikation mit der Heimatgeschichte fördern.

Was bietet das Museum?

Wechselausstellungen von Künstlern aus St. Annual und der Region für kunstinteres-

sierte Bürger und Schulklassen. Sie sollen einen Überblick über das Kunstleben in der Region verschaffen und gleichzeitig einen Ausflug in die Dorfgeschichte "Vor Ort" erlebbar machen. Kinder werden kindgerecht in die Geschichte von St. Annual eingeführt.

Die über 270 Mitglieder des Heimatvereins tragen durch zahlreiche gesellige Veranstaltungen zum gesellschaftlichen Leben in St. Annual bei.

Öffnungszeiten So. 15 - 18 Uhr
während Ausstellungen auch Mittwoch
und nach Vereinbarung. Der Eintritt ist frei
Adresse: Heimatmuseum St. Annual
Augustinerstraße 7 • 66119 Saarbrücken
Tel.: +49 (0) 6 81/9 85 00 46

Vorstand:

1. Vorsitzender: Günter Feneis
 2. Vorsitzende: Ulrike Stein
- Schriftführerin: Elfriede Bolze
Schatzmeisterin: Annette Dobrindt
Organisationsleiter: Gerhard Wagner
Beisitzer: Alfred Stein, Fritz Meyer,
Oswald Poppelreiter

Kostenfreies Mittagessen für Grundschüler

DIE LINKE. im Stadtrat sorgt dafür: Das kostenfreie Mittagessen für alle Schulkinder an Grundschulen wird weiter ausgebaut. Im Schuljahr 2011/2012 kommen zu den beiden Grund-

schulen Weyersberg und Folsterhöhe drei weitere Schulen hinzu. Nach den Sommerferien wird an den Grundschulen Füllengarten und der Turmschule in Dudweiler für alle Kinder in der Ganztagsbetreuung das Schulessen beitragsfrei angeboten; nach den Osterferien 2012 startet das Projekt auch an der Dellengartenschule.

Dort, wo es dieses Essen bereits gibt, an den Grundschulen Weyersberg und Folsterhöhe, ist die Resonanz durchweg positiv. Alle Essensplätze sind belegt und Kinder, die bislang nicht am Essen teilnehmen konnten, sind jetzt auch dabei. Das Ziel der Partei **DIE LINKE.** ist es, das alle Schulkinder an allen Grundschulen in Saarbrücken ein kostenloses Mittagessen erhalten. Der Ausbau wird weitergehen. Dafür werden wir auch innerhalb des rot-rot-grünen Bündnisses im Saarbrücker Stadtrat weiter kämpfen.

Der Partei **DIE LINKE.** ist wichtig, dass es nicht schon bei Grundschulern eine Auslese zwischen arm und reich gibt. Darum steht in dem Bündnisvertrag zwischen Linke, SPD und Grüne klipp und klar, dass **DIE LINKE.** eine schrittweise Einführung des kostenlosen Mittagessens für alle Kinder anstrebt – und nicht nur für einen Teil.



© Werner Dreblow - Fotolia.com

Schwarz-Gelbe Politik auf Kosten der Kinder!



Kurt Beck und seine SPD in Rheinland Pfalz führen den kostenfreien Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr ein. Ein durchaus löbliches Unterfangen, das Kindern in unserem Nachbarland nützt und Eltern finanziell entlastet.

Warum soll dies im Saarland nicht auch möglich sein? Klar, wir sind ein „Nehmerland“ wie Rheinland Pfalz. Klar, die christlich geführten „Geberländer“ beklagen scheinheilig, sie würden mittels Finanzausgleich der Länder für Wohltaten in Anspruch genommen, die sie in

ihren Ländern nicht gewähren können; sprich nicht wollen! Dies ist ungeschminkt christlich-liberale Politik: die Wohlfahrt der Kinder ständig im Munde führen, aber konkret kinderfreundliche Politik verweigern!

Behauptet wird, es sei kein Geld vorhanden, kostenfreie Kindergärten seien Luxus; zudem zwingt die „Schulden-Bremse“ zu rigidem Sparen.

Nur, Geld ist in diesem Staat ausreichend vorhanden; es wurde allerdings den Falschen

geschenkt. Oder haben die christlich-liberalen Polit-Strategen vergessen, dass sie im Jahre 1995 die Vermögenssteuer ersatzlos gestrichen haben? Die Vermögenssteuer war eine Ländersteuer. Allein das Saarland erhielt 1995, im letzten Jahr der Erhebung der Vermögenssteuer, mehr als 33 Millionen €. Die Hälfte dieses Betrages würde ausreichen, jedem Kind im Saarland einen kostenfreien Kindergartenplatz zu bieten.

Hier kann, hier muss die Landespolitik handeln, denn die Steuergeschenke an Reiche werden zu teuer bezahlt: Sozial schwache Eltern schicken ihre Kinder nicht in den Kindergarten, wenn ihre schmale Haushaltskasse belastet wird. Den betroffenen Kindern wird dadurch frühkindliche Förderung in der Gruppe Gleichaltriger vorenthalten.

Kinder mit Migrationshintergrund, werden gar völlig abgehängt und landen oft, wie ihre Eltern, im ARGE-Prekariat.

Dies ist allein Ergebnis der sozial ungerechten Politik, die FDP und CDU betreiben.

Die Forderung kann nur lauten: Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit dem Ziel insbesondere Kinder und Heranwachsende zu fördern.

St. Annual: Initiative Platanenplatz

Der Platanenplatz neben der Stiftskirche in St. Annual soll zu einem Treffpunkt für Anwohner und Besucher der Kirche und des Stadtteils werden. Schön ist es, sich hier zu treffen,



zu plaudern und was zu unternehmen. Ein Platz zum Ausruhen und Atemschöpfen, zur Kontaktpflege soll es werden. Auch Boule Spieler könnten sich hier die Zeit vertreiben. Um diesem schönen Platz Leben einzuhauchen, bedarf es

aber einiger Sitzgelegenheiten. Die Initiative plant fünf Bänke, zwei mit, drei ohne Lehne, zwei Mülleimer und einen Fahrradständer. Auch müsste der Untergrund aufbereitet werden, Rasen, Sandkasten und eine Wippe wären nicht schlecht.

Das Stift, als Eigentümerin der Fläche, hat grünes Licht gegeben; Sponsoren sind auch schon gefunden, die je eine Bank spenden. Aber es fehlen immer noch 2.743 Euro. Jetzt zählt ihre Unterstützung.

Spenden sind möglich auf das Konto der evangelischen Gemeinde St. Annual, Sparkasse Saarbrücken (BLZ 59050101, Kto.-Nr. 18143008. Verwendungszweck „Platanenplatz“. Eine Spendenquittung wird auf Wunsch ausgestellt.

Stadtarchiv: Das Gedächtnis der Stadt



Wir müssen wissen, woher wir kommen, um zu wissen, was zu tun ist. Das Stadtarchiv ist die zentrale Einrichtung der Landeshauptstadt Saarbrücken zur Pflege ihrer Geschichte. Hier sind Urkunden, Akten, Bilder, Karten, Pläne, Zeitungen und viele andere Dokumente zur Stadtgeschichte ab 1322 archiviert.

Das Stadtarchiv Saarbrücken ist das älteste Archiv im Saarland. Mit Veranstaltungen vermittelt das Stadtarchiv Bürgerinnen und Bürgern lebendig die Geschichte Saarbrückens.

Was kann der Besucher hier finden?

- Schriftliche und mündliche Auskünfte.
- Für Grundschüler/innen archivpädagogische Angebote.
- Archivführungen für Gruppen.
- Veranstaltungen und Ausstellungen zur Stadtgeschichte.
- Publikationen zur Stadtgeschichte.

Wann kann man das Archiv nutzen?

Die Bestände des Stadtarchivs Saarbrücken können zu den Öffnungszeiten benutzt

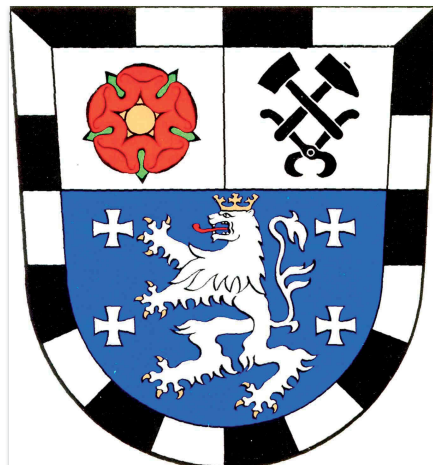
werden. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Bei der ersten Benutzung ist die Vorlage eines Ausweises erforderlich.

Die Öffnungszeiten sind Dienstag, Mittwoch 9:00 - 17:00 Uhr, Donnerstag 9:00 - 18:00 Uhr, Freitag 9:00 - 13:00 Uhr

Wie kann man das Archiv erreichen?

Das Stadtarchiv befindet sich in der Deutschherrenstraße 1. Der Benutzereingang befindet sich in der Forbacher Straße. Buslinien 106, 107, 123 Haltestelle Keplerstraße. Am Haus sind 10 Nutzerparkplätze eingerichtet.

Telefon: +49-(0)681-905-1258
E-Mail: stadtarchiv@saarbruecken.de
Fax: +49-(0)681-905-1215
Post: Stadtarchiv Saarbrücken,
D-66104 Saarbrücken



Links wirkt im Bezirksrat

Die Fraktion **DIE LINKE.** im Bezirksrat Saarbrücken Mitte hat durch zahlreiche Anregungen, Anträge und in Abstimmungen, LINKE Kommunalpolitik möglich gemacht.

Angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse ist das nicht einfach. Unser Antrag „Verlängerung des Fuß- und Radweges Metzzerstrasse“ bis zur Grenze Goldene Bremm wurde angenommen. Eine Überprüfung der Verkehrsbelastung im Naherholungsgebiet in der Galgendell wurde von der Fraktion **DIE LINKE.** angeregt. Es wurden vielen Vereinen mit Unterstützung der Linksfraktion Zuschüsse gewährt. Die Kommerzialisierung von ca. 470 Parkplätzen sowie die Einführung des Verwiegungssystems bei der Müllentsorgung ist gegen den Willen der Linksfraktion beschlossen worden.

Auch den Abriss der Häuser am Jugendhilfezentrum Saarbrücken in der Pfählerstrasse wollen wir von der Fraktion **DIE LINKE.** verhindern. Denn öffentliches Eigentum darf nicht vernichtet werden. Hier wäre es möglich, die Häuser für seniorenge-rechte Wohnungen oder Wohnungen für kinder-reiche Familien zu nutzen.

Die Arbeit im Bezirksrat ist recht vielseitig. Hierzu brauchen wir Ihre Unterstützung und Anregungen. Sollten Sie ein Problem im Stadtteil sehen, so können Sie sich an uns wenden:

- Wir suchen im Gespräch mit Ihnen nach Lösungsmöglichkeiten.
- Wir bringen Ihre Anliegen im Bezirksrat Saarbrücken-Mitte ein.
- Wir vertreten die Interessen der Bürger und nicht die Interessen einer Lobbygruppe.
- Wir unterstützen Bürgerbeteiligung und sind Mittler zur Verwaltung.

So erreichen Sie Ihre Vertreter im Bezirksrat-Mitte der Partei **DIE LINKE.:**

Jens Jacobi (Fraktionsvorsitzender)
Telefon: 06 81 / 5 89 82 16

Egon Scheureck
Telefon: 06 81 / 7 65 61

Raymund Kneip
Telefon: 06 81 / 7 53 96 86

Multikulti in Saarbrücken

Multikulti I

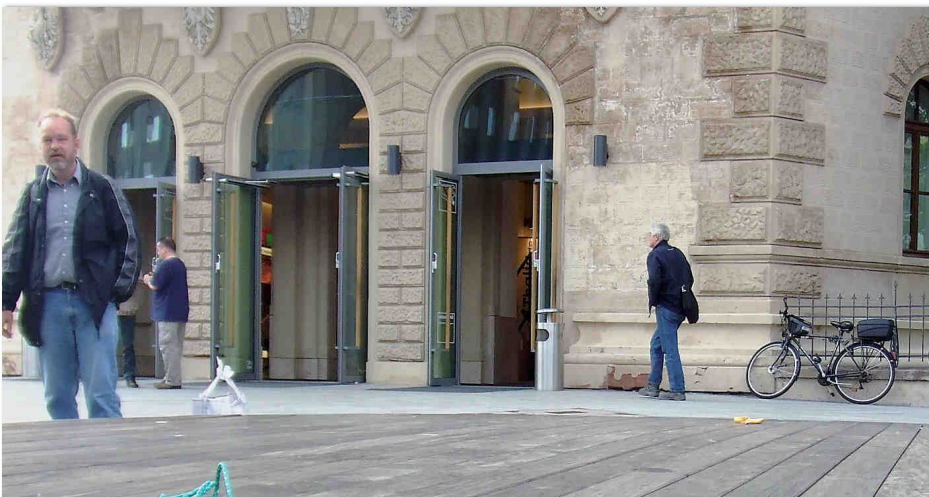
Besser als durch Sport kann Integration der Menschen aus aller Herren Länder in Saarbrücken nicht funktionieren. Seit Jahren ist es guter Brauch, dass Grundschüler in einem Fußballturnier den Titel des Saarlandmeisters ausspielen. Auf dem Burbacher Sportplatz zog bei der 24. Neuauflage die Offene Ganztagsgrundschule Weyersberg in die nächste Runde ein. Nach einem 5:0 Sieg gegen die Grundschule Am Ordensgut und einem 6:0 Sieg gegen die Grundschule Hohe Wacht wurden die Spieler Farouk Titi, Janek Ludt, Martin Lemieszek, Julien Böhm, Nicolas Cortese, Stefan Grab, Mehmet Bagci, Justin Moslavac und Torwart Marcel Cengu mit sieben Punkten und 14:3 Toren Stadtsieger. Sie gehören zu den acht Grundschulmannschaften, die um den Titel des Saarlandmeisters spielen. In den Grundschulen ist die Integration angekommen. Der Sport hilft da sehr. Hoffentlich kommt die Einsicht zur Toleranz auch bei den Eltern an.



Multikulti II

Der Ball ist rund und rund um den Globus sind die Staaten enger zusammen gerückt. Aber nicht nur Waren sind weltweit unterwegs, auch Menschen suchen sich neue Lebensorte. Integration geht uns alle an. Die Einbeziehung nicht-deutscher Mitbürger fordert Toleranz und Beteiligung von allen Bürgern. Wie man sie spielerisch gestalten kann, zeigt das Straßenfußballturnier „Just Fair Saarland 2011“, das zum zweiten Mal von der Deutsch-Lateinamerikanischen Gesellschaft ausgerichtet wurde. Kinder und Jugendliche aller Nationen konnten zeigen, was sie mit dem Ball alles draufhaben und wie teamtauglich sie sind. Ihre Idole heißen Marin, Özil, Cacau, Podolski oder Khedira. Sie sind die Hoffnung auf ein Leben mitten in der Gesellschaft. Integration und Fairness war das Motto des besonderen Straßenfußballturniers auf dem Landwehrplatz. Es wurde fair gehandelt, Mädchen durften mitspielen und die Sieger wurden sauber ausgespielt. Wer mitmachte, durfte nicht nur auf Treffer hoffen, sondern auch auf Preise bei einem Quiz zum fairen Handel.

Keine Kunst vor der Europa-Galerie



Na prima, da verspricht die Betreibergesellschaft ECE während der Planungs- und Bauphase den Bürgern Saarbrückens nicht alles, aber wenigstens, dass für den Brunnen vor der Bergwerksdirektion, der angeblich einem freien Zugang zur Europa-Galerie weichen sollte, frische, moderne Kunst auf dem Platz. Nun stehen statt des schönen Brunnens vor dem Eingang zur Europagalerie zwei runde Holzscheiben und ein überdimensionales Periskop dem eiligen Kunden im Wege. Während die beiden Holzstuhlscheiben eher an von den Bauarbeitern vergessene Kabeltrommeln erinnern, bemerkt der Kunde das Periskop erst,

wenn er dagegen rennt. Bravo! Hier wurde ein hochwertig und ästhetisch gebauter Brunnen abgerissen, um durch überflüssige Platzgarnerungen ersetzt zu werden. Schade! Das hätte man besser machen können; einen Platz mit Aufenthaltsqualität hätte es werden können.

Allen Interessierten sei die Videoserie zum Abriss der Bergwerksdirektion und dem Brunnen im Internet bei www.youtube.de empfohlen. Dort findet sich auch ein Interview mit dem Landtagsabgeordneten Lothar Schnitzler zum Thema.

DIE LINKE fordert Bebauung Franzenbrunnens

DIE LINKE. vor Ort

Der Ortsverbands der Partei **DIE LINKE.** Alt Saarbrücken - St. Annual begrüßt die Bebauung des Gebiets Franzenbrunnens in Alt Saarbrücken. Die Freifläche mit wunderschöner Südhanglage liegt inmitten bebauter Gebiete. Dadurch ist das Gelände hervorragend mit allen Infrastrukturmaßnahmen erschlossen. Strom, Zu- und Abwasser sowie die Wegführung sind mit geringem Aufwand für das Neubaugebiet zugänglich.

Auch die soziale Infrastruktur ist mit Kindertagesstätten, Schulen, Freizeitmöglichkeiten sowie Arztpraxen und Geschäften für Familien mit Kindern bestens zum Wohnen geeignet. 250 Wohneinheiten sind vorgesehen, auch eine Kindertagesstätte mit 110 bis 120 Plätzen, davon 40 Krippenplätzen, soll gebaut werden. Viele Familien, aber auch Paare ohne Kinder und Senioren sollen hier eine Heimat finden.

Bauwillige müssen mit einem Quadratmeterpreis von etwa 200 Euro rechnen. Aus Sicht der Linken muss bei der Bebauung darauf geachtet werden, dass auch Familien mit kleinem Geldbeutel dort bauen und wohnen können. Stadtnah und doch im Grünen ist hier hochwertiger Wohnraum möglich.

Impressum:

Impressum: LINKS der SAAR
Herausgeber: Partei **DIE LINKE.**
Ortsverband Alt Saarbrücken - St. Annual
Altneugasse 27, 66117 Saarbrücken

V.i.S.d.P.: Lothar Schnitzler, MdL
E-Mail: LSchnitzler@gmx.de
Tel.: 0178-6896043

Redaktion: Jürgen Straub
E-Mail: StraubCon@aol.com
Tel. 0173-8717668
Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Mike Botzet, Jens Jacobi

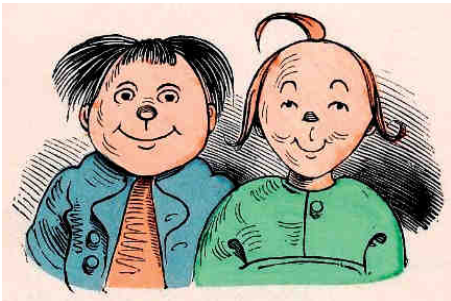
Web-Auftritt: www.Links-der-Saar.de
und: www.DieLinke-Saar.de

Wilhelm Busch, Antisemit?

Der Erfinder von Max und Moritz und der Frommen Helene war ein Kind seiner Zeit. Im ersten Kapitel der „Frommen Helene“ finden sich die beiden Verse unter „Lenchen kommt aufs Land.“

„Und der Jud mit krummer Ferse,
Krummer Nas' und krummer Hos'
Schlängelt sich zur hohen Börse
Tiefverderbt und seelenlos

Schweigen will ich von Lokalen,
Wo der Böse nächtlich prasst,
Wo im Kreis' der Liberalen
Man den Heil'gen Vater hasst.“



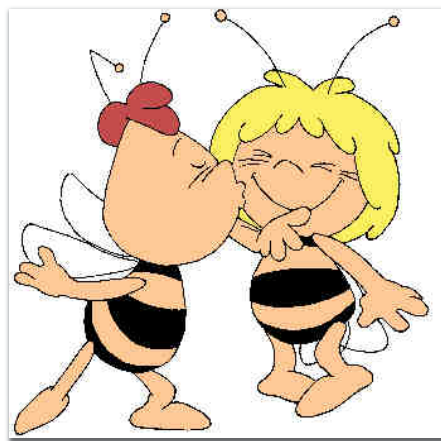
Wie viele andere Schriftsteller und Intellektuelle seiner Zeit war Busch Antisemit und zeigt es auch Unverhohlen. War er damit auch ein geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus?



Wilhelm Busch

Waldemar Bonsels, Antisemit?

Die Abenteuer der Biene Maja und ihrem besten Freund Willi erfreuen seit ihrer Erfindung durch den Autor Waldemar Bonsels Kinder wie Erwachsene. Das Buch ist seit hundert Jahren ein Bestseller. Aber Bonsels hat auch anderes geschrieben. Zahlreiche Dokumente deuten darauf hin, dass Bonsels (gestorben am 31. Juli 1952) antisemitische Texte und Bücher geschrieben hat. Passend zum 60. Todestag haben Münchner Literaturforscher die braune Vergangenheit Waldemar Bonsels öffentlich gemacht. Alle Biene Maja-Fans sollten einfach mit Stefan Raab witzeln, der in TV Total die Biene Maja mit Hitlerbärtchen auftreten ließ und meinte: „Der Autor dachte bis zuletzt, SS heißt summ summ“.



Koalitionslyrik

Unter Lyrik versteht man poetische Dichtung. In der Politik ist diese Technik nicht unbekannt. Dort heißen umfangreiche Epen Koalitionsverträge. Die dort ausgebreitete Dichtung nimmt den Bürgern alle Sorgen und Nöte, denn in Koalitionsverträgen scheinen die Lösungen für alle Probleme der Welt versprochen.

K-Verträge eignen sich aber auch für gesellige Quiz-Runden bei Feten, denen es am richtigen Schwung fehlt. Lieber Leser, lass Deine Gäste raten, aus welchen Bundesländern folgende K-Aussagen stammen:

- A) „Neue Wege für ein modernes Land“
- B) „Der Wandel beginnt“
- C) „Den sozial-ökologischen Wandel gestalten“

- 1. Preis: Der Sieger erhält einen ausgedruckten Koalitionsvertrag seiner Wahl.
- 2. Preis: Ganztägig an einer Plenardebatte teilnehmen.
- 3. Preis: Eine gedruckte Version der Wahlprogramme aller Jamaika-Parteien. Für die Verlierer: Ein Tag mit AKK.

Hier ist die Lösung: A) Saarland, B) Baden-Württemberg, C) Rheinland-Pfalz

Das Trauerspiel von Afghanistan

(erschienen 1859)

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
ein Reiter vor Dschallalabad hält.
„Wer da?“ – „Ein britischer Reitersmann,
bringe Botschaft aus Afghanistan.“

„Afghanistan!“ Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen in's steinerne Wachthaus ihn,
sie setzen ihn nieder an den Kamin;
wie wärmt ihn das Feuer,
wie labt ihn das Licht,
er atmet hoch auf und dankt und spricht:

„Wir waren dreizehntausend Mann,
von Kabul unser Zug begann;
Soldaten, Führer, Weib und Kind
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
seht zu, ob den Rest ihr retten könnt!“

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all,
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht,
die uns suchen, sie können uns finden nicht;

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
so lasst sie's hören, dass wir da,
stimmt an ein Lied von Heimat und Haus;
Trompeter, blast in die Nacht hinaus!“

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd,
durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
laut, wie nur die Liebe rufen mag,
sie bliesen, es kam die zweite Nacht,
umsonst, dass ihr ruft, umsonst,
dass ihr wacht.

Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
vernichtet ist das ganze Heer;
mit dreizehntausend der Zug begann,
einer kam heim aus Afghanistan.

(Theodor Fontane, * 1819 - † 1898)